

Stellungnahme der SPD-Ratsfraktion zum Haushalt 2022 der Stadt Erkrath

Es gilt das gesprochene Wort - Manuskript nach der Sitzung entsprechend ergänzt

Anrede

Das ist mir hier ja schon oft passiert, dass ich mich bei den Vorträgen von Kollegen fragte, von welcher Stadt diese sprechen. Jetzt hatte ich heute bereits zweimal ein solches Déjà-vu. Merkwürdig. Ich jedenfalls werde von und über unsere Stadt, über Erkrath reden.

Allerdings: Ich habe hier zwei Manuskripte. Welches wollen Sie hören? Dies hier oder dieses? Das eine ist das vom letzten Jahr. Überschriften mit: Vertrauen gegen Vertrauen.

Da bräuchte ich nur einen Begriff austauschen und einen ergänzen – und es würde passen.

Austauschen müsste ich „Stellenplan“ gegen „Grundsteuer“ und ergänzen sollte ich die von außen auf uns einwirkenden Meta-Einflüsse um „Flutkatastrophe“.

Damals haben in der ersten Beratungsrunde weder der Bürgermeister noch die CDU zu unseren Verabredungen gestanden. Daraufhin fiel der Haushalt zunächst einmal durch und wir brauchten vier weitere Wochen, um dann doch eine stabile Haushaltsmehrheit zustande zu bringen.

Das sollte sich so in diesem Jahr nicht wiederholen, zumal wir jetzt neben anhaltender Pandemie, zusätzlichen Flutfolgeschäden auch noch einen Irren in der Weltpolitik haben, der gerade einen Krieg in Europa, vielleicht sogar um Europa zu riskieren scheint.

Aber das mit der Wiederholung des Scheiterns zeichnet sich nicht ab, jetzt ist der Grund dafür aber noch heftiger, jetzt lässt die CDU „ihren eigenen“ Bürgermeister im Regen stehen und schleicht sich feige aus der Verantwortung, da komme ich gleich näher drauf zu sprechen.

Gegenüber der Situation in Europa sind unsere Probleme dennoch klein. Sie können aber gleichwohl große Folgewirkungen für uns in Erkrath auslösen. Wir brauchen einen Haushalt, der Verlässlichkeit und Kontinuität der Stadt gewährleistet, der den Absturz der Stadtfinanzen verhindert und nachhaltig zur Haushaltskonsolidierung beiträgt.

Das sehen wir extrem gefährdet, wenn wir jetzt nicht eine Wende zu deutlichen Einnahmeverbesserungen hinbekommen.

Die vom Bürgermeister und der Verwaltung vorgeschlagene Grundsteuererhöhung um 50 Hebesatzpunkte reicht überhaupt nicht aus, um die sich weiter vergrößernde Finanzierungslücke wirksam zu reduzieren.

Die Lage wurde wesentlich verschärft, weil nach Einbringung des Haushaltsentwurfs die Gewinnwarnung der Stadtwerke aufkam. Uns fehlen jetzt zusätzlich der bis dahin erwartete Stadtwerke-Gewinnanteil und die entsprechende Gewerbesteuerminderung in den Folgejahren.

Wir hatten daher vorgeschlagen, die Anhebung auf 100 Punkte zu erweitern und so den Ansatz für die Grundsteuer B auf 620 Punkte festzusetzen.

Gegenüber dem Haushaltsansatz der Verwaltung hätte dies eine Mehreinnahme von knapp 1 Mio. Euro je Jahr bedeutet.

Damit standen wir allein da, alle anderen Fraktionen hatten mit nein gestimmt. Obwohl wir davon überzeugt sind, dass der von uns vorgeschlagene Weg der richtige ist, werden wir diesen Antrag heute nicht erneut einbringen.

Wenn aber neuerdings die CDU glaubt, sich öffentlich zerlegen zu müssen und sich Fraktion, Partei und der Bürgermeister gegeneinander in Auseinandersetzungen stürzen oder auch nur wider Willen ziehen lassen, dass erneut wieder der Haushalt vor die Wand fährt, dann schadet das der Stadt, den Menschen und der Wirtschaft hier enorm.

Wer Erkrath in Bewegung bringen wollte, muss sich erst einmal selber bewegen, sonst ist nur Stillstand oder gar Rückschritt die Folge.

Davon war aber bei der CDU in den Haushaltsberatungen nichts zu sehen.

- Kein Antrag auf die geforderten Einsparungen, der nicht nur das Wiederaufleben alter Ressentiments belegt hätte (8.000 Euro für das Sozialforum),
- kein Vorschlag, welche städtische Institution denn geschlossen werden sollte, um Personal- und Betriebskosten wirklich zu reduzieren,
- keine Idee, wie denn das jetzt geforderte „Freiwillige Haushaltssicherungskonzept“ inhaltlich aussehen könnte, welche Maßnahmen darin mit Aussicht auf Mehrheiten im Rat zu erwarten wären.

Wie der Kämmerer im Haupt- und Finanzausschuss ausgeführt hatte, ist im Sommer 2021 der sich aus den Anmeldungen der Fachabteilungen angemeldete Finanzmittelbedarf um mehr als 10 Mio. Euro von der Kämmerei bzw. der Verwaltungsspitze gekürzt worden, in dem in den Rat eingebrachten Entwurf ist also "keine Luft", kein wirkliches Sparpotential mehr "drin".

Ich wiederhole: Nur wenn Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft gestrichen und mit Personalentlassungen verbunden Einrichtungen geschlossen werden, ließen sich "Einsparungen" erreichen, die aber die Lebensqualität der Stadt als solcher wesentlich verschlechterten.

Dazu haben wir von der CDU keinen Beitrag gesehen – und wir werden ihn auch zukünftig nicht zu erwarten haben. Oder will jemand aus dem Jugendhilfeausschuss oder aus dem Schulausschuss von der CDU die Standards der Betreuung und der Bildung unserer Kinder und Jugendlichen zurückfahren, will jemand Büchereien oder Bürgerbüros schließen, will jemand die Sanierung von Schulen oder der Stadthalle stoppen?

Nein, werden sie sagen, nein, das wollen sie nicht. Aber was denn dann?

Die Situation ist vergleichbar der vorvergangenen Ratswahlperiode nach der Wirtschaftskrise.

Die Ausgaben der Stadt sind nicht wesentlich zu verringern, im Gegenteil:

Wenn wir Bildung und Betreuung unserer Kinder ausbauen und mehr Kita-Plätze, neue Schulen, Digitalisierung, OGS-Rechtsanspruch wollen,

wenn wir die Sicherheit in der Stadt gewährleisten und mehr Personal für die Feuerwehr einstellen und Zentrale Wache neu bauen,

wenn wir weiter zielorientiert für den Klimawandel und für die Erhaltung der Substanz unserer öffentlichen Infrastruktur eintreten und handlungsfähig bleiben wollen, dürfen wir die einzige verlässliche Einnahmeposition der Stadt, nämlich die Grundsteuer, nicht auch noch gegen den Vorschlag des Bürgermeisters zurücknehmen.

Die Ausweitung unserer Kassenkreditemächtigungen, der Eigenkapitalverzehr und das Anwachsen der Schulden sind bedenklich. Wir haben das nicht alles selbst oder allein verursacht und wir sind dafür nicht allein verantwortlich.

Aber wir müssen uns gemeinsam dagegen wenden. Wer dazu nicht bereit ist, kann auf unsere Zustimmung nicht zählen.

Die SPD wird den Entwurf in dieser Form ablehnen.

Glück auf!

Detlef Ehlert